

Die SPD ist die Partei der sozialen Balance

Souveräner Wahlkampfauftakt von Bundeskanzler Gerhard Schröder und SPD-Chef Franz Müntefering am 13. August 2005 in Hannover.

VON LOTHAR POLLÄHNE

Eine Stadt, in der Genießer im Restaurant ein Kanzlerfilet oder gar eine Kanzlerplatte bestellen, um hernach eine Currywurst mit oder ohne Pommes zu erhalten, darf zu Recht »Die Kanzlerstadt« genannt werden. Diese Stadt heißt Hannover, hier ist Gerhard Schröder zu Hause, und hier kann es passieren, dass an der Supermarktkasse oder an der Zapfsäule jemand freundlich guten Tag sagt: Der Bundeskanzler. Am 13. August waren gut 10.000 Menschen nach Hannover gekommen, um diesen Gruß zu erwidern. Anlass: Der bundesweite Wahlkampfauftakt der SPD auf dem Opernplatz.

Hannover ist die Traditionsstadt der Nachkriegs-SPD. Hier wirkte Kurt Schumacher für einen wahrhaft demokratischen Sozialismus und gegen sowjetische Machtansprüche, die schließlich am 13. August 1961 ihre totale Ausformung mit der Berliner Mauer fand. Es hätte also für die SPD kaum ei-



Gruppenbild mit Kanzler: Ein starkes Regierungsteam

Photo: lopo

nen besseren Ort geben können, um in die entscheidenden Wochen des Bundestagswahlkampfes 2005 zu ziehen.

Niedersachsens SPD-Vorsitzender Wolfgang Jüttner als »Hausherr« gab den Takt vor für den Kanzler und den Parteivorsitzenden Franz Müntefering: »Die SPD ist die Partei der sozialen Balance. Wir sorgen dafür, dass Menschen nicht gegeneinander ausgespielt werden.« Jüttners Versprechen im Namen der nie-

blieben ist«, setzte Gerhard Schröder gegen alle liberal-konservativen Unkenrufe. Die Sozialdemokratie hat sich der Notwendigkeit gestellt, unser Land zu verändern, hat die Alterung der Gesellschaft ebenso berücksichtigt wie die Errungenschaften aus 60 Jahren harter, teilweise kämpferischer Arbeit für den Aufbau eines demokratischen Deutschland. »Eine Rolle rückwärts darf es nicht geben«, so Gerhard Schröder: »Dafür steht die deutsche Sozialdemokratie.«

Bewahren kann nur, wer zu sinnvoller Veränderung bereit ist. Die Bundesregierung hat in den wesentlichen zukunftsweisenden Politikfeldern Akzente gesetzt: Der Ausstieg aus der Atomkraft und die Förderung erneuerbarer Energien haben Deutschland angesichts schwindender Rohölreserven fit gemacht für ökologischen und ökonomischen Fortschritt. Nicht nur aus diesem Grund ist Edgard Bulmahn's Etat für Forschung und Entwicklung um 30 Prozent erhöht worden. Eine Familienpolitik, die Kinderbetreuung in den Mittelpunkt stellt, hat dafür gesorgt, dass Millionen hochqualifizierter Frauen endlich eine andere Alter-

native haben als Kinder oder Karriere. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kann es nur eine Maxime geben: Familie und Beruf. Für Frauen und Männer. »Renate Schmidt hat gerade im Bereich der Ganztagsbetreuung beispielhaft gewirkt«, so der Kanzler: »Die Landesfürsten mit den großen Sprüchen müssen endlich nachlegen.« Das saß in Hannover,

wo sich Christian Wulff und Ursula von der Leyen als Apostel einer kinderfreundlichen Gesellschaft geben.

Rot-grün hat sich in den bisherigen sieben Jahren Regierungszeit im internationalen Maßstab als verlässlicher Partner erwiesen, getreu der Devise Willy Brandts: »Wir wollen gute Nachbarn sein.« Aus Kriegsgegnern sind Freunde geworden, die keine Angst mehr vor Deutschland haben müssen. »Deutschland«, so Gerhard Schröder, »genießt heute in der Welt den Ruf einer friedfertigen, verlässlichen und Bündnistreuen Nation. Diesen Ruf müssen wir bewahren.«

Gerhard Schröders und Franz Münteferings Appell an die 10.000 in Hannover und alle fortschrittlichen Menschen im Lande: »Soziale Politik lässt sich in Deutschland nur mit der Sozialdemokratie verwirklichen. Die SPD hat Vertrauen in Deutschland. Haben Sie es auch. Sorgen Sie dafür, dass wir unsere Politik fortsetzen können.« ■



Begeistert begrüßt: Gerhard Schröder beim Bad in der Menge Photo: lopo



Freuten sich über den gelungenen Wahlkampfauftakt: Gerhard Schröder und Franz Müntefering

Photo: lopo

Impressum vorwärts:

SPD-Niedersachsen
Verantwortlich: Frank Wilhelmy
Redaktion: Lothar Pollähne
Odeonstraße 14/15
30159 Hannover
E-Mail: lopo.vorwaerts@t-online.de
Satz: anette.gilke@t-online.de

dersächsischen SPD: »Lieber Gerd, lieber Franz, auf uns könnt ihr bauen.«

Das hörte der Kanzler gerne. »Sieben Jahre rot-grüner Regierung haben dafür gesorgt, dass Deutschland gegen alle Trends im internationalen Wettbewerb an der Spitze ge-

Baustelle Bildung

Juso-Kongress 2005 für Schülerinnen und Schüler

Unter dem selbstverständlich nur ironisch zu verstehenden Motto »We don't need no education!« veranstalten Niedersachsens Jusos ihren LandesschülerInnen-Kongress vom 7.-9. Oktober 2005 in Laatzen. Auf dem Programm stehen Arbeitsgruppen zur »Chancengleichheit im Bildungssystem«, »Demokratie und Eigenverantwortung der Schulen« und »Alternative Unterrichtsmethoden«.

Kreativ-Workshops decken eine thematische Bandbreite ab, die von »Erneuerbare Energien« bis hin zu »Marx für AnfängerInnen« reicht. Im Mittelpunkt allerdings stehen die Rechte der SchülerInnen-Vertretung in Niedersachsen. Feten und Filme sorgen für den nötigen Ausgleich.

Zum Abschluss des LandesschülerInnen-Kongresses findet eine bildungspolitische Talkrunde statt mit dem Motto »Baustelle Bildung«.

Anmeldungen bis zum 25. September bitte an den Juso-IV, Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover oder per E-Mail: info@jusos-nds.de Internet: www.jusos-nds.de

Mut zur E-Mail

Informationen und Einladungen der Parteigliederungen können effektiv und schnell elektronisch verteilt werden. Voraussetzung: Alle interessierten Mitglieder teilen ihre jeweils aktuelle E-Mail-Adresse ihrem zuständigen Bezirk mit:

bezirk.braunschweig@spd.de
spd-bezirk-hannover@spd.de
bezirk@spd-nord-niedersachsen.de
bezirk.weser-ems@spd.de

...SPD-Newsletter...

Der SPD-Landesverband informiert in seinem wöchentlich erscheinenden Newsletter alle Interessierten über aktuelle Themen, Termine und Linktipps rund um die niedersächsische SPD. Wer in den Verteiler aufgenommen werden will, schickt einfach eine E-Mail an: pressends@spd.de und fügt in die Betreffzeile »Newsletter« ein. ■

Super-Nanny »Schwarze Socke«

Niedersachsens Sozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) verhebt sich in der Sozialpolitik.

VON CAREN MARKS (MdB)

BILD liebt sie, die Vorzeigemama Niedersachsens: Woche für Woche darf sich Niedersachsens Sozialministerin Ursula von der Leyen in Deutschlands größtem Krakeel-Blatt über Gott und die Welt auslassen und ihre Erziehungsmaximen zum Gütestandard erheben. Wohl der, die die Mittel dazu hat, ihre Kinder ins BILD zu setzen. Das hat sie von Papa Ernst Albrecht gelernt.

Ihr Charme schlägt jegliche Kompetenz, denn was Ursula von der Leyen bislang in Christian Wulffs Kompetenz-Kabinett vollbracht hat, hat mit »partnerschaftlicher Politik« und Kompetenz mit »menschlichem Gesicht« nichts zu tun. Gegen den erbitterten Widerstand kompetenter SozialpolitikerInnen hat Ursula von der Leyen das Landesblindengeld abgeschafft. »Von einer Sozialministerin sind Verständnis, Schutz und ein gewisser Einsatz gegen rein ökonomische Überlegungen zu erwarten«, so der Geschäftsführer des Blindenverbandes Niedersachsen, Hans-Werner Lange. »Dies hat sie schmählich versäumt

und blinde Menschen im Stich gelassen.«

Gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden wollte Ursula von der Leyen »partnerschaftliche Sozialpolitik« auf den Weg bringen.



Drei für Niedersachsen: Gabriele Lösekrug-Möller, Caren Marks und Matthias Miersch beim Wahlkampfauftritt in Hannover Photo: lopo

gen, doch wo viele Ehrenamtliche tätig sind, hat sie zugesehen, wie die Mittel gekürzt worden sind. »Keine Landesregierung hat bisher in der Geschichte des Landes Niedersachsen die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und ihre Arbeit in dieser Form behandelt. Begriffe wie Planungssicherheit, verlässliche Partnerschaft und Vertragstreue wer-

den zu hohlen Phrasen«, urteilen die niedersächsischen Wohlfahrtsverbände auf einem Krisengipfel.

Ursula von der Leyen macht auf Familienidyll. Das ist gut für sie, aber wo

von Frauen mehr geben. Die von BILD zur Super-Nanny aufgeblasene Ursula von der Leyen ist im derzeit noch schwarz-gelben Niedersachsen gescheitert. Zum Thema »Kopfpauschale« hat sie sich kompetent hinter den Worthülsen des CDU-Wahlprogramms versteckt. Das Elterngeld lehnt sie ab, dafür aber will sie zwei Milliarden Euro an Steuermitteln ausgeben, um die Versicherungsbeiträge von besser verdienenden Privatversicherten zu zahlen. »Das ist grob ungerecht und unsozial«, so das Urteil der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung, Ursula Schmidt.

Niedersachsen weiß nach zweieinhalb Jahren schwarz-gelber Politik, was Kompetenz nach Art der Ursula von der Leyen bedeutet: Traditionelle Familienpolitik, in der die Rollenverteilung »stimmt«. Die Frau betreut die Kinder und der Mann verdient das Geld, wenn es denn möglich ist. Niedersachsens SPD-Vorsitzender Wolfgang Jüttner hat Recht, wenn er sagt: »Da kommt kein neuer Geist daher, sondern eine ganz alte schwarze Socke.« ■

Schönfärberei im Lande des Lächelns

Ernüchternde Halbzeitbilanz von schwarz-gelb: Ministerpräsident Christian Wulff reitet das Niedersachsen-Ross zu Schanden.



Behält auf den Stufen vor dem Landtagsportal den Überblick: Wolfgang Jüttner sucht den Spitzenreiter im bundesdeutschen Vergleichskampf.

Photo: lopo

Wo die CDU regiere, ginge es den Menschen besser, behauptet Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff, wo immer er ein Mi-

krophon entdeckt. Niedersachsen kann er damit nicht meinen, denn zweieinhalb Jahre nach dem Amtsantritt der CDU/FDP-Landesregie-

rung ist unser Land im bundesweiten Vergleich zurückgefallen.

»Der Ministerpräsident ist ein Meister der Selbstinszenierung«, resümiert der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Wolfgang Jüttner in seiner Einschätzung der Halbzeitbilanz. »Die harten Fakten sprechen eine deutliche Sprache.«

Im Juli 2005 waren in Niedersachsen 442.086 Menschen arbeitslos, 66.248 mehr als im Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote stieg so von 9,6 auf 11,3 Prozent und damit 0,7 Prozentpunkte mehr als im Bundesdurchschnitt.

Niedersachsen hat 2004 40.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte verloren. Das ist ein Minus von 1,7 Prozent. Bundesweit lag

das Minus im vergangenen Jahr bei 1,2 Prozent.

Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsstellen ist im Juli 2005 gegenüber dem Vorjahr um 11 Prozent gesunken. Das Minus im Bund lag mit 9,3 Prozent deutlich niedriger.

»Christian Wulff ist an seinen eigenen Ansprüchen gescheitert«, so Wolfgang Jüttner. »Er wollte das Land an die Spitze der Bundesländer führen und hat doch nur sich selbst an die Spitze der Beliebtheitskala gebracht. Das Land ist weit zurückgefallen.« Das Fazit des niedersächsischen DGB-Vorsitzenden Hartmut Tölle ist deutlich: »Christian Wulff thront stolz auf seinem hohen Ross, obwohl unser Niedersachsen-Pferd zu Schanden geritten wird.«

■ eb.

Linksausleger für Sigmar Gabriel

Durchschlagender Wahlkampfauftakt in Wolfenbüttel

VON L. P. SCHATZ

Dass sich Politiker im sprichwörtlichen Ring bearbeiten, wissen Frieda und Fritz Volksmund seit eh und je. Sie wollen sich schließlich durchboxen. Dass sich ein Politiker allerdings mit einem Meister des Faustkampfes in den Ring begibt, ist schon eher ungewöhnlich, vor allem, wenn beide behaupten: »Wir boxen uns durch«.

Es war nicht irgendein Meister, der da am 18. August in Wolfenbüttel in den Ring stieg, sondern Ex-Weltmeister **Dariusz Michalczewski**. Und auch nicht irgendein Politiker, sondern Niedersachsens früherer Ministerpräsident **Sigmar Gabriel**, der um das Bundestagsmandat im Wahlkreis Salzgitter-Wolfenbüttel kämpft. Dass der Boxing zur politischen Bühne wur-



Faust auf Faust: Dariusz Michalczewski und Sigmar Gabriel

Photo: Kreibich

de, hatte zwei Gründe: Der bisherige Bundestagsabgeordnete **Wilhelm Schmidt** ist seit 'zig Jahren Mitglied im Wolfenbütteler Box- und Athletik-Club (BAC) und **Dariusz Michalczewski** ist seit Jahren mit **Sigmar Gabriel** befreundet und hatte dem Freund durchschlagende

Wahlkampfhilfe versprochen. Das passte, wie die Faust aufs Auge.

500 Fans nahmen sich am sonnigen Feierabend des 18. August Zeit, um den »Tiger« bei seinem Wahlkampfauftakt zu sehen. Drei waren besonders begeistert, durften sie doch zu

einer Sparringsrunde mit dem Linksausleger **Dariusz Michalczewski** in den Ring steigen.

Im Mittelpunkt dieses »etwas anderen Wahlkampf-Auftritts«, so **Sigmar Gabriel** sollten Zeichen gesetzt werden mit »Kraft gegen Gewalt«.

Für den Kraftmenschen **Dariusz Michalczewski** steht »der Sport im Mittelpunkt, weil er die jungen Menschen von der Straße holt.« Das sieht **Sigmar Gabriel** ähnlich: »Wir müssen schon im Kindergarten beginnen, Kindern zu zeigen, dass man auch ohne Gewalt Spaß haben kann.«

Auch **Sigmar Gabriel** hatte am 18. August seinen Spaß, allerdings nicht als Kämpfer im Ring, denn vom »Promi-Boxen« hält er rein gar nichts. Sein Ring wird in der 16. Wahlperiode der Deutschen Bundestag sein. ■

Mentoring-Projekt zum Zweiten

Ein Erfolgsmodell geht in die zweite Runde: Das Mentoringprojekt der niedersächsischen SPD. Ab Oktober werden jeweils ein Mentor oder eine Mentorin – das können Angeordnete, FunktionärInnen oder BürgermeisterInnen sein – eine/n Mentée für ein halbes Jahr politisch begleiten. Dabei profitieren die Mentées von den Erfahrungen ihrer MentorInnen und die SPD gewinnt durch die Kompetenzen und das persönliche Wissen der Mentées.

Während des Programms nehmen die Tandems an Veranstaltungen, Gremiensitzungen und Seminaren teil. Regelmäßig gibt es Feedback im Tandem und Gelegenheit zum Austausch mit anderen Mentées.

Wer Interesse an dieser etwas anderen Form der politischen Weiterbildung hat, kann sich bewerben beim jeweils zuständigen SPD-Unterbezirk oder beim SPD-Landesverband Niedersachsen.

spd-niedersachsen@spd.de
Infos unter:
www.mentoring.spdnds.de

»Sonne und Wind sind sozialdemokratisch«

Schwarz-gelb wäre der energiepolitische Super-GAU



Alternativ und zukunftsweisend: Der kollektorgekrönte Pavillon in Hannover.

Photo: lopo

VON SONJA PAPANFUB

»Strahlende Zukunft mit erneuerbaren Energien in Niedersachsen«, unter diesem Motto stand eine Veranstaltung der SPD-Landtagsfraktion am 24. August 2005 in Emden.

Über 130 TeilnehmerInnen wurden durch den mitreißenden Vortrag von **Hermann Scheer** über die Perspektiven in der Energiepolitik mit einer rot-grünen Bundesregierung informiert.

»Ein weiter so, wie es die Schwarzen und die FDP wollen, kann und darf es nicht geben. Eine rundum gelungene Veranstaltung mit einem hohem Lehrwert« so bezeichnete der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, **Wolfgang Jüttner**, die Veranstaltung, die mit **Alois Wobben** (Firma enercon), **Garrelt Duin** (MdEP) und **Hermann Scheer** (MdB) hochkarätig besetzt war.

Die Experten auf dem Podium waren sich darin einig, dass wir den Energie-

wandel hin zu Sonne, Wind, Wasser und Biomasse in Deutschland und in Europa vorantreiben müssen.

»Dabei dürfen wir keine Zeit verlieren. Öl, Gas und Uran sind bald verbraucht – Sonne und Wind gibt es unendlich. Die Produktion von Biomasse stärkt unsere Land- und Forstwirtschaft«, so **Hermann Scheer**. Ein Blick auf die Zapfsäulen unserer Tankstellen in diesen Tagen zeigt: Damit Energie weiterhin für alle erschwinglich bleibt, müssen wir das Preisdiktat der Öl-Multis brechen und eigene Alternativen entwickeln.

Die SPD steht für den Energiewandel mit erneuerbaren Energien, weil wir alle davon profitieren. Im Gegensatz zu Öl und Gas kann man Sonne und Wind nicht privatisieren. »Sonne und Wind sind also die einzigen sozialdemokratischen Energiequellen«, fasste **Hermann Scheer** zusammen, »Und wofür stehen die Anderen? Zurück ins Atomzeitalter und für satte Gewinne weniger Energiekonzernaktionäre.« ■

vorwärts: RÄTSEL

Am 21. Oktober 1878 wendet sich der vorwärts an seine Leser mit den Worten: »Die vorliegende Nummer erscheint noch unter der Gültigkeit des ordentlichen Gesetzes, des gemeinen Rechts. Die nächste hingegen, welche Freitag, den 25. Oktober, herausgegeben wird, fällt schon unter die Herrschaft des Ausnahmegesetzes.«

Dies sollte bis zum 1. Januar 1891 die letzte Ausgabe des Zentralorgans der SPD sein. Am 21. Oktober 1878 hatte »Wir Wilhelm von Gottes Gnaden« im Namen des Reiches verkündet: »Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten.«

Innerhalb weniger Wochen waren 153 Verbände sowie 175 Zeitungen und Zeitschriften verboten. 1878 und 1879 verhängten Gerichte im Kaiserreich 600 Jahre Gefängnis wegen Vergehen gegen das sogenannte »Sozialistengesetz« oder wegen Majestätsbeleidigung.

»Die Sozialdemokraten sind jetzt Freiwild. Recht und Gesetz gibt es für uns jetzt nicht«, schrieb **August Bebel** an **Georg von Vollmar**.

Einzig die Beteiligung an den Reichstagswahlen und einigen Landtagswahlen war den Sozialdemokraten erlaubt. Die Wahlergebnisse ließen Zug um Zug deutlich werden, dass Schandgesetze nicht in der Lage waren, das Erstarren der Sozialdemokratie aufzuhalten. Bei den Reichstagswahlen am 20. Februar 1890 wurde die SPD mit 1.427.000 Stimmen stärkste Partei im Reich Bismarcks. Der musste am 20. März 1890 seine Pickelhaube nehmen. Am 1. Oktober 1890 war auch das Gesetz am Ende. Wie hieß es mit vollem Wortlaut? Zu gewinnen gibt es eine »Kleine Geschichte der SPD.« ■ lopo

vorwärts
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

vorwärts: kulturgut

Am Anfang ist da ein Mann auf einem alten Fährpram, der auf der Oste dümpelt. Der Mann ist nicht etwa »dun«, wie anfangs vermutet, sondern mausetot. Und der Mann ist, »eher braun bis Café au lait, um es mal unwissenschaftlich auszudrücken.«

Am Ende ist da wieder ein Mann. Der ist ebensowenig »dun«, aber ebenso tot, wie der Mann vom Anfang. Allerdings hat er seinen Tod physisch überlebt, denn der war politisch.

Zwischen beiden Männern ist da noch ein Mann. Der hört auf den Namen Amandus Abendroth und ist das journalistische Trüffelschwein des »Oste-Kurier«. Versierte Krimi-Fans wissen bereits hier, dass zwischen den Männern ein Beziehungsgeflecht aufgespannt ist, in dem sich so manche verheddern. Die beiden »Toten« sind nämlich Sohn und Vater. Der akribische Amandus findet das heraus und bricht ein



Reinhold Friedl, Tödliches Tabu, Schardt-Verlag, Oldenburg, 2005, 224 S., 12,80 Euro

»Tödliches Tabu«, so der Titel des Krimis.

Der politisch zu Tode gekommene heißt Marco Hoffmann, war in jüngeren Jahren für die Flüchtlingshilfe der UNESCO in Djibouti tätig und ist im vorliegenden Fall Bundestagsabgeordneter der SPD, der sich um die Wiederwahl bemüht.

Der Tote vom Fährpram hieß Gebre Hailemariam Bekele und ist das Produkt

einer Affäre. Das hatte er erpresserisch ausnutzen wollen, aber Marco Hoffmann und ein paar Fremdenlegionäre, die es geschäftlich ins Elbe-Weser-Dreieck verschlagen hat, haben da den anfangs erwähnten finalen Einwand.

Einen Einwand formuliert übrigens auch das Kurt-Schumacher-Haus in Hannover. Dort wird Hoffmanns weitere Kandidatur nicht als »hilfreich« angesehen. Der Partei hat das seinerzeit nicht nur im Krimi geholfen. Mit Gerhard Schröder an der Spitze löste die SPD Helmut Kohl ab.

Nun hofft Autor Reinhold Friedl auf die Hilfe von Franz Müntefering und Gerhard Schröder. Mit denen will er die Neuwahlen abgesprochen haben, um das Buch besser verkaufen zu können. Das Treffen fand wahrscheinlich in einer Kneipe der Samtgemeinde Am Dobrock im Landkreis Cuxhaven bei Weißwein und Edelfisch statt. Dort ist der ehemalige UNESCO-Mitarbeiter Reinhold Friedl Ratscherr der SPD. ■ lopo

Hier spricht der Zeugwart



Zeugwart Pit alias Claus-Peter Poppe (MDL) aus Quakenbrück

Neulich, da war ich bei den andern auf'm Trainingsplatz. Da geht's ganz schön rund, Leute! Anner Seitenlinie nich' weit vonner Trainerbank stand Angie Merkel und war am Schimpfen. Was soll ich mit Wulff, sagt 'se gerade, ich brauch keinen Schwiegersohn, er soll mir mal lieber ein Röschen schicken. Merz will ich auch

nich', der will immer nur mit seinen Bierdeckeln spielen. Und dieser Charme-Zer-Stoiber, der bleibt auch besser im Süden.

Umgehört hab ich mich auch bei den Fans in der Ostkurve. Die waren sauer. Kein freier Eintritt mehr für die Kinder, und dann noch die Preise erhöhen als erste Ankündigung für die Saison. Nee, sagte einer, so kriegen 'se das Stadion nich' voll!

Leute, unter uns, ich hab dat gesehen, der Gegner hat Schwächen, Merz sitzt zwischen allen Stühlen, Seehofer steht im Abseits. Und dann guck dir die Trainerin an: Die war erst mal zur Modeberatung, is' ganz umge-walzt worden. Styling, hat der Berater gesagt, Hosenanzüge, Farbberatung, Pastelltöne, Mundwinkel-Lifting. Und Frisur. Habt ihr gesehen, oder? Frau Merkel trägt jetz' 'ne neue Wild-Westerwelle.

Ich sag euch: Was zählt, ist auf'm Platz! ■